

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 27.05.2019
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstraße 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:23 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Lars Krause SPD für Theo Meyer

Herr Horst Segebade SPD

Herr Levent Süre SPD

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Rainer Zörgiebel

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Frau Sandra Ahlers

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

sowie 16 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Theo Meyer UWG

Herr Rainer Zörgiebel FFR

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.03.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt
Vorlage: 2019/106
- 6 Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung
Vorlage: 2019/107
- 7 Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung
Vorlage: 2019/108
- 8 Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2019/109
- 9 Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2019/110
- 10 Haushalt 2019 - Ausführung des Haushalts - Stand Mai
Vorlage: 2019/105
- 11 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: 2019/098
- 12 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: 2019/076
- 13 Einwohnerfragestunde
- 14 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.03.2019

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 18.03.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Bürgermeister beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung für die Bachstraße

Tagesordnungspunkt 5

**Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt
Vorlage: 2019/106**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien (Anlage 1 zur Niederschrift) das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „Wochenmarkt“ für 2017 vor.

Herr Krause weist darauf hin, dass der hygienische Zustand der Sanitäreinrichtungen auf dem Marktplatz nach Auskunft einiger Marktbeschickerinnen insbesondere an den Markttagen zu wünschen übrig lässt. Er bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung, hier bald möglichst eine Verbesserung herbeizuführen.

Herr Unnewehr führt aus, dass die Toilettenanlagen vor den Markttagen stets am Donnerstagabend gereinigt und anschließend um 20:30 Uhr verschlossen werden, bevor am Freitag die Toiletten von den Marktbeschickern wieder geöffnet werden. Im Übrigen habe es er sich selbst persönlich von der Sauberkeit der Toiletten am vergangenen Donnerstag überzeugt, sodass am Freitag zur Eröffnung des Marktes die Sanitäreinrichtungen hygienisch einwandfrei gewesen sind.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Wochenmarkt“ für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung
Vorlage: 2019/107**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien (Anlage 1 zur Niederschrift) das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ für 2017 vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung

Vorlage: 2019/108

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien (Anlage 1 zur Niederschrift) das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „Niederschlagswasserbeseitigung“ für 2017 vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Niederschlagswasserbeseitigung“ für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung

Vorlage: 2019/109

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien (Anlage 1 zur Niederschrift) das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „zentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für 2017 vor.

Frau Lamers erkundigt sich, ob und inwieweit die dargestellten Einsparungen durch nicht durchgeführte Maßnahmen zustande gekommen sind.

Herr Hollmeyer erklärt, dass die vorgesehenen Maßnahmen planmäßig durchgeführt wurden, jedoch insgesamt die Kosten für die Aufwendungen geringer ausgefallen sind und teilweise noch nicht in 2017 abgerechnet werden konnten.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „zentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Bericht Ergebnis 2017 - kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2019/110

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien (Anlage 1 zur Niederschrift) das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „dezentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für 2017 vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „dezentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Haushalt 2019 - Ausführung des Haushalts - Stand Mai
Vorlage: 2019/105

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, die Ausführung des Haushalts 2019 (Stand Mai) vor und macht dabei insbesondere darauf aufmerksam, dass die Ansätze weitestgehend erreicht werden, jedoch bei der Einkommensteuerbeteiligung eine Mindereinnahme von rund 340.000 Euro zu erwarten ist, die kompensiert werden muss.

Im Nachgang werden einige Verständnisfragen zum Vortrag gestellt und von der Verwaltung beantwortet.

Auf weitere Anfrage von Frau Lamers erklärt Herr Hollmeyer, dass der überwiegende Teil der Kredite eine Laufzeit von 30 bis 40 Jahren aufweist und nicht an den An- und Verkauf der Wohn- und Gewerbeflächen gebunden sind.

Herr Hoffmann legt dar, dass das Berichtswesen als strategisches Steuerungsinstrument sehr sinnvoll ist, jedoch es wünschenswert wäre, Maßnahmen zu visualisieren, die voraussichtlich in diesem Jahr nicht mehr umgesetzt werden können. Damit könnte ein „Aufblähen“ des Haushalts künftig verhindert und der Haushaltsausgleich erleichtert werden, da insgesamt die „Luft enger werden wird“ und nicht davon auszugehen ist, dass die Einnahmen wie in den vergangenen Jahren weiter steigen.

Herr Henkel führt aus, dass im Mai eine solche Darstellung überhaupt nicht vorstellbar ist und selbst im Oktober oftmals noch unklar ist, welche Maßnahmen nicht mehr erledigt werden können. Im Übrigen sind Haushaltsmittel für bestimmte Projekte (beispielsweise Trog Raiffeisenstraße) stets einzustellen, um gegebenenfalls Zuschüsse generieren zu können.

Frau Lamers erkundigt sich, ob und inwieweit die von einigen Unternehmen beklagten Gewerbesteuerzahlungen bereits zurückgezahlt werden mussten.

Herr Henkel bemerkt, dass seitens der Unternehmen Rechtsmittel eingelegt, Klagen eingereicht und in einigen Fällen bereits Rückforderungen eingegangen sind. Genauere Details können bestenfalls im dritten Quartal vorgelegt werden, da nicht die Gemeinde, sondern der Feststellungsbescheid des Finanzamtes beklagt wird.

Herr Segebade stellt hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Hoffmann fest, dass es sich um einen Haushaltsplan handelt und er sehr zufrieden mit der heutigen Darstellungsform ist.

Frau Lamers erklärt, dass der Landkreis Ammerland aufgrund seiner positiven Finanzsituation beabsichtigt rund 4,2 Mio. Euro an die Kommunen auszuschütten, wovon 700.000 Euro die Gemeinde Rastede erhalten soll. Sie hinterfragt, wann über die Verwendung des Betrags entschieden wird.

Herr Henkel weist darauf hin, dass ein Teilbetrag für die Deckung der voraussichtlichen Mindereinnahme bei der Einkommenssteuerbeteiligung benötigt wird und zudem vorgesehen ist, die verbleibenden Mittel für die Straßenunterhaltung zur Verfügung zu stellen, worüber im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 18. Juni beraten werden soll.

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen

Vorlage: 2019/098

Sitzungsverlauf:

Frau Ahlers regt seitens der Verwaltung an, die Präsentation zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12 zusammenzufassen und daraus resultierende Fragen zunächst zu erörtern, bevor nachfolgend eine getrennte Abstimmung zu den beiden Tagesordnungspunkten erfolgt.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Frau Ahlers erläutert daraufhin anhand einer umfassenden Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, den in den Vorlagen 2019/098 und 2019/076 dargestellten Sachverhalt.

Herr Henkel ergänzt, dass es sich bei der Beitragsermittlung um sehr umfangreiche und teilweise auch langwierige Verfahren handelt, wobei neben den Schlussrechnungen der Unternehmen auch Eigentumsfragen geklärt, Grundbucheinträge geprüft und die aktuelle Rechtsprechung mit einfließt. Darüber hinaus ist es auch Bestreben der Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr zu belasten, sodass zwischen Ankündigung und abschließender Festsetzung der Beiträge durchaus einige Zeit vergeht, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auf die anstehende Zahlung einstellen können.

Herr Bohmann bemerkt, dass es trotz der geschilderten Ausführungen von Herrn Henkel schwer nachvollziehbar ist, dass ein Abrechnungsverfahren über zwei Jahre dauert. Er bittet um Auskunft, wie die Abrechnungsstruktur im Detail aussieht.

Frau Ahlers macht nochmals darauf aufmerksam, dass neben den finanzpolitischen und haushaltsrechtlichen Gründen der soziale Faktor eine entscheidende Rolle spielt, da bei der aktuellen Satzung die zeitliche Straffung die einzige Möglichkeit darstellt, den Bürgerinnen und Bürger die Chance zu ermöglichen, sich auf die anstehende Zahlung einzustellen und gegebenenfalls Geld anzusparen.

Herr Segebade führt aus, dass die Aufhebung der Straßenausbeitragssatzung unstrittig ist und die Ausführungen von Frau Ahlers schlüssig und nachvollziehbar sind. Gleichwohl beantragt er vor dem Hintergrund der weitreichenden Folgen für die Anlieger der Bachstraße, die Vorlage zunächst noch einmal zurückzustellen und die Verwaltung zu bitten, den geschilderten rechtlichen Sachverhalt in Bezug auf die Bachstraße von der Kommunalaufsicht oder gegebenenfalls auch von einem Fachanwalt prüfen zu lassen.

Herr Lehnert unterstützt den Antrag ausdrücklich und betont, dass sofern eine rückwirkende Aufhebung der Satzung für den Bereich der Bachstraße nicht möglich ist, in der zur Beratung anstehenden 1. Änderung der Satzung die Möglichkeit einer Staffellung der Zahlungen auf zehn Jahre festgelegt werden sollte.

Auf Nachfrage von Frau Lamers erklärt Herr Henkel, dass für die Oldenburger Straße (Kreisstraße) ebenso wie für den Voßbarg noch keine Schlussrechnung vorliegt und für die von der Gemeinde zu veranschlagenden Nebenanlagen nur sehr geringe Beiträge anfallen würden.

Herr Hoffmann gibt zu verstehen, dass aus seiner Sicht keine realistischen Chancen bestehen, die Anlieger der Bachstraße rückwirkend von den Straßenausbaubeiträgen zu befreien, sodass die beantragte Prüfung keine oder nur sehr geringe Kosten verursachen dürfte. Im Übrigen macht er darauf aufmerksam, dass der maßgebliche Unterschied zwischen der Bachstraße und dem Voßbarg darin liegt, dass zum Voßbarg noch nicht alle Rechnungen bei der Gemeinde eingegangen sind und daher eine abschließende Abrechnung noch nicht vorliegt. Er erkundigt sich, ob von der gewünschten weiteren Prüfung die Gefahr ausgeht, dass zwischenzeitlich für den Voßbarg eine abschließende Rechnung erfolgen könnte und auch hier ein Verzicht auf die Straßenausbaubeiträge aus gleichem Sachgrund wie in der Bachstraße letztendlich nicht mehr möglich ist.

Herr Krause unterstreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger einen moralischen Anspruch auf eine rechtliche Prüfung haben, jedoch wie von Herrn Hoffmann ausgeführt die Kosten in einem übersichtlichen Rahmen bleiben sollten.

Herr Henkel legt dar, dass es sich bei der beantragten Prüfung um einen kostenpflichtigen Verwaltungsakt handelt, den der Landkreis der Gemeinde Rastede vermutlich in Rechnung stellen wird, wobei sich der Rechnungsbetrag allerdings in einem überschaubaren Bereich halten wird. Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Hoffmann bemerkt er, dass die Wahrscheinlichkeit, dass der Voßbarg zwischenzeitlich komplett abgerechnet wird, gegen null tendiert.

Herr Hoffmann betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Wunsch nach einer weiteren Prüfung nur zustimmen kann, da von der beschriebenen Konstellation keine „Gefahr“ für die potenziellen Beitragszahler des Voßbargs ausgeht und eine kostenlose beziehungsweise sehr günstige Prüfung möglich ist.

Bürgermeister von Essen bemerkt, dass das Zeitfenster nunmehr sehr sportlich ist, sodass kaum noch davon auszugehen ist, dass der Ratsbeschluss im Juni gefasst werden kann.

Herr Segebade ergänzt, dass eine erneute Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss nach der Sommerpause am 26. August erfolgen könnte. Er regt noch einmal an, die Beratung heute auszusetzen und die Verwaltung zu bitten, den geschilderten rechtlichen Sachverhalt bezüglich der Bachstraße von der Kommunalaufsicht oder gegebenenfalls von einem Fachanwalt auf Rechtssicherheit prüfen zu lassen.

Seitens der Ausschussmitglieder wird diesem Vorgehen einvernehmlich zugestimmt.

Beschlussempfehlung:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen
Vorlage: 2019/076

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter TOP 11 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnern und Einwohnerinnen die vom Bürgermeister beziehungsweise von Mitarbeitern der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung für die Bachstraße
- Finanzieller Ersatz (ggfs. Steuern) für den politisch angestrebten Wegfall der Straßenausbaubeitragssatzung
- Zahlungsmodalitäten bezüglich der Straßenausbaubeitragssatzung
- Schäden an der Bachstraße 4
- Schäden an der Bachstraße durch das Baugebiet „Im Göhlen I“
- Grundwasserabsenkungen im Rasteder Norden
- Öffentliche Sitzungsunterlagen im Bürgerinformationssystem

Tagesordnungspunkt 14

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:23 Uhr.